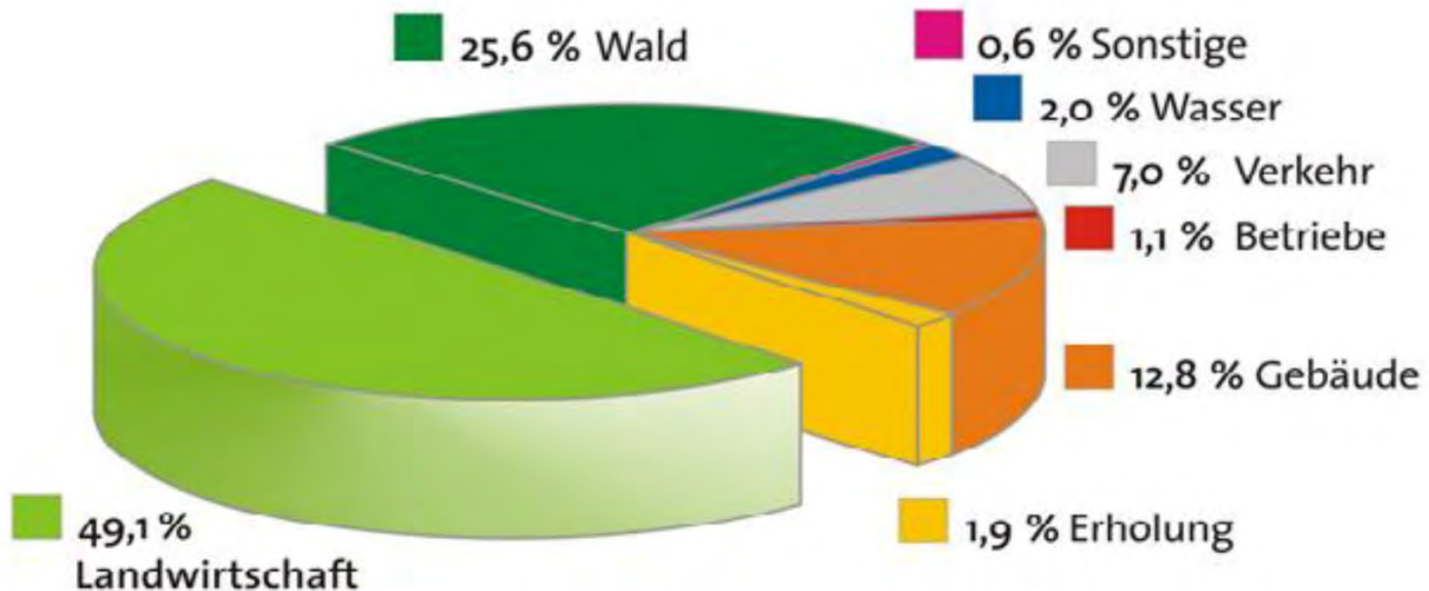


Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

LNF hat Bedeutung für die Biodiversität

Flächennutzung
in Nordrhein-Westfalen 2011



www.landwirtschaftskammer.de

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

09.09.2015
19:30 Uhr

GRÜNE-KREIS-WESEL.DE

Foto: Sierbert
VSB-Gewässerschutz

MEHR FLEISCH MEHR GÜLLE WENIGER LANDWIRTE?

Overkämpling, Mittelstraße 62, Schermbeck

Podiumsdiskussion mit:

- Norwich Rüße, Mitglied des Landtages NRW
- Wilhelm Neu, Kreislandwirt
- Martin Ramschulte, AbL
- Dr. Michael Harengerd, BUND

- Moderation: Andreas Vollmert, Best Words

- Welche Probleme bewirkt der Überfluss an Gülle?
- Welche Lösungen werden hierzu gesehen?
- Ist ein Umdenken bei der Landwirtschaft notwendig?

V.i.S.d.P.: BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN KV Wesel, Holger Schoel, Schustergasse 3, 46514 Schermbeck

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

08

15.10.2015
TAZ.DIE TAGESZEITUNG • DONNERSTAG, 15. OKT.

Hendricks will Bauern zum Naturschutz verpflichten

AGRAR Ministerin schlägt vor, Subventionen nur noch gegen Umweltmaßnahmen zu zahlen

BERLIN taz | Sie hört sich kämpferisch an: Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) mit ihrer „Naturschutz-Offensive 2020“. 311 Milliarden Euro erhielten die Landwirte in Europa zwischen 2014 und 2020 von der EU, „aus Steuermitteln, dafür, dass sie Landwirtschaft betreiben“ – 40 Prozent des gesamten EU-Haushalts. „Keine andere Branche erhält eine solche Unterstützung.“ Sie wolle diese „Privilegierung“ nicht mehr. Stattdessen sollen Landwirte ab der nächsten EU-Finanzperiode ab 2021 nur noch subventioniert werden, wenn sie „konkrete Leistungen im Naturschutz“ bringen. So solle der „Schutz von Natur und Landschaft wieder nach vorne“ kommen, sagte Hendricks.

2007 hatte die damalige schwarz-rote Koalition bereits eine „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ verabschiedet. Doch eine Bestandsaufnahme zeigte nun, dass von vielem, was 2020 erreicht sein soll, Deutschland noch weit weg ist. Für den Bau von Fabriken, Häusern, Straßen wird weiter zu viel Natur zerstört. 30 Hektar pro Tag sollen es im Jahr 2020 höchstens sein, derzeit sind es aber noch 74 – also etwa die Größe von 100 Fußballfeldern.

Streuobstwiesen, Hecken, Feldraine oder extensiv genutztes Grünland, wo sich besonders viele und auch seltene

Arten heimisch fühlen, sollen in diesem Jahr eigentlich schon 19 Prozent aller Landwirtschaftsflächen ausmachen. Nur, es werden weniger statt mehr: Heute sind es knapp 12 Prozent, 2009 waren es gut 13. Auf dem Acker gebe es „die größten Defizite“, meinte Hendricks. Aber es müssten auch Nord- und Ostsee vor Überfischung geschützt, Flüssen mehr Raum gegeben, Wälder naturnah bewirtschaftet und es müsste in Städten mehr Grün gepflanzt werden. Vor allem will sie „drängen“, sich einsetzen, „auffordern“ oder „unterstützen“. Das Problem: Sie macht keine neuen finanziellen Zusagen, oft ist sie als Umweltministerin auch nicht selbst zuständig.

Hendricks kann nur Spielräume nutzen, die ihr andere lassen. Die Länder oder der Verkehrsminister. Oder die EU und der Bundeslandwirtschaftsminister etwa in der Agrarpolitik. Die großen deutschen Umweltverbände – wie der Bund, die Deutsche Umwelthilfe, der Nabu und der WWF – urteilten am Mittwoch in einer gemeinsamen Stellungnahme denn auch so: Hendricks stoße zum Beispiel bei den Agrarzählungen „eine längst überfällige Diskussion“ an, ihre Initiative sei ein „dringend notwendiges Zeichen“. Von der Realisierung ist der Plan jedoch noch weit entfernt. **HANNA GERSMANN**

30 000 To

Bund Naturschutz v

NÜRNBERG – Die ko Landwirtschaft belastet Natur zunehmend mit Diesen Umstand bemängelt Naturschutz (BN).

Bundeslandwirtschaft Ilse Aigner und die Spitzenverbände dürften den Einsatz nicht länger als „ordentlichen Landbau“ verharmlozen der BN. Nur eine bessere Agrarpolitik, ein dauerhaftes Spritzmitteln, die Mensch und Umwelt gefährden, und der ökologischen Landbaus ist zumindest der BN-L

2. Inlandsabgabe an Pflanzenschutzmitteln
Tabelle 2: Mengen an Pflanzenschutzmitteln
(Zubereitungen),
aufgeschlüsselt nach Wirkungsbereichen

Wirkungsbereich Inlandsabgabe 2014 (t)

Herbizide	53774
Herbizide ohne Kombination mit Düngern	52008
Herbizide in Kombination mit Düngern	1766
Fungizide, Bakterizide, Virizide	33186
Insektizide, Akarizide, Pheromone	5090
Wachstumsregler incl. Keimhemmungsmittel	6276
Sonstige Mittel	19417
Bodenentseuchungsmittel und Nematizide	37
Molluskizide	6875
Rodentizide	493
Wildabwehrmittel	237
Inerte Gase im Vorratsschutz	11588
Pflanzenschutzmittel insgesamt	117743
Pflanzenschutzmittel ohne inerte Gase	106155
davon Pflanzenschutzmittel, die im ökologischen Landbau einsetzbar sind	5690

Quelle: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 2015

ET. 18.5.
elder 2013

höchster Gefahr

en massive schädliche für Umwelt und Artenverluste von Wildpflanzen und anderen Nutzinsekten von Amphibien und anderen dramatische Ausnahmen. Ein weiteres Problem: Artenreichtum sei die Monotonisierung der t.

tionsplan

ert ökologische Vorreitere Schutzvorkehrungen, um den Einsatz einzuschränken. Ein tionsplan“ wäre laut es Instrument. *nn*

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Montag, 12. Oktober 2015, 13:03 Uhr (Aus: Klimaretter.Info)

30 Jahre warten auf Stickstoff-Abgabe

Ein geradezu vernichtendes Urteil über die ökologische Rücksichtnahme der deutschen Agrarpolitik fällen das Umweltbundesamt und der Sachverständigenrat für Umweltfragen SRU. Anlass ist das 30-jährige "Jubiläum" des SRU-Gutachtens zu Umweltproblemen der Landwirtschaft. Seit 1985 kam noch eins hinzu: Der Beitrag der Landwirte zum Klimawandel.

Aus Berlin Jörg Staude

Was sich klimapolitisch langsam herumspricht, gilt unter Umweltexperten agrarpolitisch schon lange: Die Bundesrepublik ist kein Vorreiter, sondern ein Versager in der Stickstoff- und Düngemittelpolitik. Imäßig auf die Seite enbar – leider – mit UBA) mit dem

Landwirtschaftliches Wochenblatt 4/2015; S.13

NACHRICHTEN

Stickstoffeinträge im Fokus

Die Politik muss nach Ansicht des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) entschiedener gegen reaktive Stickstoffeinträge in die Umwelt vorgehen. Anlässlich der am vergangenen Mittwoch erfolgten Übergabe eines Sondergutachtens an Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks mahnte die stellvertretende SRU-Vorsitzende Prof. Karin Holm-Müller dazu eine Stickstoffstrategie an. Die Belastung der Umwelt mit reaktivem Stickstoff sei ein vielfach unterschätztes Problem, führte die Expertin aus. Die wichtigsten Ursachen seien die Düngung in der Landwirtschaft und die Verbrennung von Kohle, Öl oder Biomasse.

Wegen zu hoher Konzentrationen von reaktiven Stickstoffverbindungen in Luft und Gewässern verfehlt Deutschland dem SRU zufolge vielfach die Vorgaben der EU-Umweltpolitik. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass mindestens eine Halbierung der Stickstoffeinträge in Deutschland und der Europäischen Union notwendig ist, um Qualitätsziele zu erreichen.

Kritik an dem Gutachten übte der Deutsche Bauernverband (DBV). Zur Verringerung von Stickstoffeinträgen in die Luft, den Boden oder das Wasser existiere bereits eine Vielzahl von Regelungen und Instrumenten auf nationaler und europäischer Ebene.



Foto: B. Lütke Hockebeck

Eine eigene Stickstoffstrategie und die Halbierung der Stickstoffeinträge in Deutschland, das fordert der Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?



Freitag, 6. November 2015
NR. 259 RKST01

Kreis Steinfurt



NACHRICHTEN

Welternährer oder Prügelknabe?



Eine spannende Diskussion versprechen die beiden Agrarexperten und Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Grüne) und WLV-Präsident Johannes Röring (CDU) (rechts im Bild).

SAERBECK/KREIS STEINFURT. „Landwirt 2030 – Welternährer oder Prügelknabe“ heißt die Überschrift zu einem Gespräch mit MdB Johannes Röring und MdB Friedrich Ostendorf. Mit den beiden Bundestagsmitgliedern hat das Junglandwirteforum Kreis Steinfurt zwei hochkarätige Gesprächspartner gefunden. Als WLV-Präsident und Mitglied im Agrarausschuss des Bundestages kennt sich Röring bestens in verbands- und agrarpolitischen Themen aus. Ebenso wie Ostendorf, der als agrarpolitischer Sprecher der Grünen und stellv.

zender des Agrarausschusses agiert. Beide werden sich am 16. November vorstellen und mit Junglandwirten über die Gegenwart und Zukunft der Landwirtschaft sprechen. Fragen sind hierbei ausdrücklich erwünscht: Gesetzesflut, Marktlage, Öffentlichkeitsarbeit... kein Thema ist Tabu. Eingeladen sind Interessanten zum Gespräch im Bürgerhaus Saerbeck am 16. November um 19 Uhr. Eine Anmeldung ist erwünscht bis zum 12. November unter Telefon 02 51/ 41 75 26 2 oder per E-Mail an: info@junglandwirteforum.de.

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

1

Bad Sassendorf, 08.12.2014

RAHMENVEREINBARUNG

zwischen

Westfälisch-Lippischem Landwirtschaftsverband e.V. (WLV)

Rheinischem Landwirtschafts-Verband e.V. (RLV)

Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (LWK NRW)

und

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und

Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV)

zur

Förderung der Biodiversität in Agrarlandschaften

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

1. Stadt Münster

Hier ist wegen der geringeren Bedeutung und Flächenausdehnung der Landwirtschaft der Konflikt ohnehin weniger intensiv; es gibt keine „Runden Tische“ aber diverse Aktivitäten z. B. für Kiebitz und Feldlerche.

2. Kreis Steinfurt

Bislang hat kein „Runder Tisch“ stattgefunden (angeblich nun Mitte Mai).

3. Kreis Warendorf

Es hat bisher 3 „Runde Tische“ auch mit den Naturschutzverbänden gegeben. Darin ging es um durchweg sinnvolle Artenschutzmaßnahmen z. B. für Rohrweihe, Kiebitz, Schwalben und Knoblauchkröte. Der BUND WAF fasst jedoch zusammen: *„die intensive Landwirtschaft ist nun einmal das Hauptübel des Artenschwundes und das Prinzip der Freiwilligkeit führt ... nicht weiter.“*

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

4. Kreis Borken

Hier ist die Situation am schlimmsten. Dazu Rolf Souilljee, Vorsitzender des NABU-Kreisverbands Borken, am 3.2.2016 an den Landrat Zwicker:

„Uns geht es um grundsätzliche Dinge, die es zu verändern gilt. ... es fehlt aus Sicht des NABU vielerorts der Wille zur Umsetzung, da augenscheinlich andere Gruppen gegenteilige Interessen haben und diese offenbar besser durchzusetzen verstehen, als der ehrenamtliche Naturschutz. ...

Beim Kreis Borken fallen den Menschen vor allem Schweine, Gülle und Biogasanlagen ein.“

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

4. Kreis Borken

Ähnlich äußert sich auch Henry Tünte, Sprecher der BUND-Kreisgruppe, unter der Überschrift *„Landwirtschaft im Kreis Borken braucht Paradigmenwechsel – Artenvielfalt erhalten, Grundwasser wirksam schützen!“* gegenüber dem Kreis:

„Die laufenden Beratungen („Runder Tisch“) auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Westfälischen und dem Rheinischen Landwirtschaftsverband, der Landwirtschaftskammer NRW und dem Umweltministerium (MKULNV), die im Konsensprinzip zu Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität in Agrarlandschaften führen sollen, greifen aus Sicht des BUND deutlich zu kurz und sind nicht geeignet, um durchgreifende Verbesserungen zu bewirken. Der BUND hat sich deshalb entschieden, unter diesen Voraussetzungen eine angestrebte gemeinsame Erklärung nicht mitzuunterzeichnen.“ ...

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Berichte aus den Münsterland-Kreisen über die „Runden Tische“

5. Kreis Coesfeld

Hier ist die Situation wiederum ganz anders. Lange bevor die Landwirtschaftsverbände, die Kammer und das Umweltministerium ihre „Rahmenvereinbarung“ geschlossen hatten, haben die Vertreter der Naturschutzverbände das Thema „illegale Ackernutzung“ aufgegriffen und bereits erste Erfolge erreicht – nachdem sich auch der Landrat damit beschäftigt hatte.

Darüber hinaus gibt es auch mehrere „Runde Tische“, in denen ähnlich wie im Kreis Warendorf auch über bestimmte Artenhilfsprogramme gesprochen wird.

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Feldraine leiden an „Schwindsucht“

Was können Landwirte und Kommunen tun, damit Feld- und Wegeraine sowie Straßenränder wichtige Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleintiere bleiben? Bauern, Naturschützer und Behördenvertreter diskutieren am runden Tisch in Lüdighausen.

Kreislandwirt Anton Holz und weitere Bauern hatten „Prügel“ befürchtet. Doch der runde Tisch zum Thema „Artenvielfalt durch bunte Stämme und Randstreifen“ verlief anders, richtig kreativ. Nicht nur die Landwirte und Jäger, auch die Kommunen, der Straßenbau, die Bahn sowie die Schiffsverkehrsverwaltung sind aufgefordert, Straßen- und Wegeraine sowie die Böschungen besser zu schützen und naturverträglicher zu pflegen.

Mit diesem Eindruck endete am Dienstag der vergangenen Woche eine Veranstaltung in der Burg Vischering in Lüdighausen. Eingeladen hatte die Untere Landschaftsbehörde (ULB) des Kreises Coesfeld. Landrat Konrad Pining: „Das Thema Artenvielfalt stößt in der Bevölkerung auf großes Interesse. Wir müssen mehr tun, um die wertvollen Kleinbiotope entlang der Feldwege und Gewässer zu schützen.“



Wo Holunder, Weißdorn und Stauden an den Feldrändern wachsen, finden Rebhühner, Singvögel und Schmetterlinge Deckung und Nahrung.

Gründe für Schwindsucht

Josef Schäpers vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) nannte drei Gründe, warum die Feldraine an Schwindsucht leiden:

- Kommunen und Straßenbauverwaltung mulchen etwa die Ränder und Raine im Sommer oft mehrmals ab und lassen das Mahgut liegen.

- Die Feldraine werden durch den Eintrag von Stickstoff und Pflanzenschutzmitteln beeinträchtigt.

- Einige Landwirte nutzen widerrechtlich öffentliches Eigentum, indem sie weit über die Grenze ackern.

Auf einer Fachtagung in Lengerich im August 2014 haben Natur- und Umweltschutzverbände einen Appell zum Schutz der Wegeränder veröffentlicht. In den Kreisen Soest und Dören haben die Landschaftsbehörden kürzlich Aktionen zur Rückführung von überackerten Flächen durchgeführt. Schäpers: „Im Kreis Soest konnten so etwa 200 ha Feld- und Ackerraine der Natur wieder zugeführt werden.“

Ideen und Forderungen

Auf dem Podium und im Burgsaal wurde lebhaft, aber nie unfair diskutiert, wie man Flora und Fauna auf den Randstreifen wieder besser schützen kann. Dazu Hinweise, Ideen und Forderungen:

- Nach dem Bundesnaturschutzgesetz, dem Landschaftsgesetz NRW und weiteren Vorschriften sind Feldraine und Gewässerrandstreifen umfassend geschützt. Doch Verstöße ahndet der Kreis Coesfeld bislang kaum, weil meistens die Beweise fehlen. „Über

Aufklärung und Verständnis können wir mehr erreichen“, sagte ULB-Leiter Hermann Grömping.

- Viele Gemeinden, der Straßenbau und die Bahn nehmen bislang wenig Rücksicht auf die Natur bei Pflege der Wege- und Straßenränder oder Böschungen. Häufig wird im Sommer gemulcht, wenn sich die Kinderstube der Tiere auf den Randstreifen auflöst. „Das Mahgut müsste komplett runter, damit die Böden ausatmen und Blühpflanzen wieder keimen erhalten“, sagte BUND-Kreisvorsitzender Bernd Brünig.

- Naturschützer und Jäger ärgern sich häufig darüber, dass einige Landwirte vertraglich geschützte Blühstreifen entlang der Gewässer und Wege teils schon ab 1. Juli mulchen. „Der Hinweis der

Landwirtschaftskammer, die Streifen ab 1. Juli zu mulchen, ist eine große Dummheit“, so ein Landwirt. ■ Trifft es zu, dass zum Beispiel die Bauern

noch breite Randstreifen etwa an Wegen oder Gewässern liegen zu lassen. Grund: Es besteht das Risiko, dass sie dann die im Flächenverzeichnis angegebene Fläche nicht mehr erreichen. „Der Landwirt wird laut bestraft, wenn der Prüfer der Kammer auch nur eine minimale Flächenabweichung feststellt. Für den Naturschutz ist das kontraproduktiv“, sagte Dirk Schulze-Pellengahr.

■ BUND-Mitstreiter Dr. Wilhelm Kraeburg weist an, dass Landwirte und Jäger in möglichst vielen Gemeinden Modellprojekte anlegen sollten. Eine Möglichkeit wäre auch, den Feldrand ein Jahr lang ganz in Ruhe zu lassen, also nicht zu mähen. „Weniger ist für den Naturschutz oft mehr“, hieß es.

Armin Asbrand

Pilotprojekte anlegen

Karl Weckendorf, Leiter des Hegerings Nottuln-Havixbeck, griff diesen Vorschlag spontan auf. Der Jäger will in seinem Revier demnächst ein Pilotprojekt starten. „Landwirte, die einen Feldrain für diesen Zweck zur Verfügung stellen möchten, mögen sich bei mir melden.“

Landwirtschaft am Wegesrand

Dülmens Bauern nutzen rund 16 Hektar städtischen Grund ohne jede rechtliche Grundlage

Von Markus Michalak

DÜLMEN. Das bisschen Randstreifen in städtischem Eigentum neben meinem Acker fällt doch gar nicht auf, mag sich der ein oder andere Dülmener Landwirt in der Vergangenheit gedacht haben. Und bewirtschaftete die paar Meter am Rande seines Grundes gleich mit.

Nun ist es aber doch aufgefallen, nämlich einem Dülmener Bürger, der Stadt und Kreis Coesfeld Ende 2015 darauf aufmerksam machte, dass insgesamt ziemlich viele Flächen illegal der Natur entzogen und der Landwirtschaft zugeschlagen wurden.

Tatsächlich hat der Kreis Coesfeld auf diesen Hinweis reagiert, und insgesamt 300 Fälle von so genannten „Übernutzungen“ allein in Dülmen festgestellt. Hierzu wurde unter Anwendung eines geografischen Informationssystems und einer ergänzenden Luftbildauswertung eine Flächenkulisse für die Eigentumsflächen des Kreises Coesfeld und der Stadt Dülmen ermittelt.

Die weitere Auswertung der Daten ergab, dass allein in Dülmen mehr als 16 Hektar heimlich still und leise der Landwirtschaft zugefallen sind. Im gesamten Kreisgebiet fielen sogar rund 212 Hektar öffentlicher Grund auf diese Weise im Laufe der Zeit der Landwirtschaft zu.

Das will sich die Stadt Dülmen nun so nicht mehr länger gefallen lassen, und auf eine Einstellung der Fremd-



Mehr Acker als die Stadt erlaubt: Rot-weiße Pflocke sollen den Landwirten signalisieren, wo für sie Schluss ist.

nutzung städtischer Wegeseitenstreifen hinwirken, heißt es in einer Vorlage an den Bauausschuss, der das Thema am Donnerstag, 18. Februar, um 17.15 Uhr öffentlich diskutieren wird.

„Graswege, Böschungen und Gräben am Rande von landwirtschaftlich genutzten Flächen sollen in Zukunft wieder für die heimische Tier- und Pflanzenwelt nutzbar gemacht werden“, formuliert die Stadt das Ziel.

Dabei will sich die Stadt

Dülmen zunächst auf die zwölf größten Flächen konzentrieren, bei denen die Fremdnutzung mehr als 1000 Quadratmeter beträgt.

Die Untere Landschaftsbehörde ergänzend vor, diese Bereiche für alle sichtbar durch Pflocke von dem eigentlichen Acker abzugrenzen.

Vor Ort will die Verwaltung mit den Landwirten zunächst eine einvernehmliche Lösung anstreben. Die Stadtverwaltung sieht hier offen-

bar durchaus Konfliktpotenzial mit den bisherigen Nutzern der öffentlichen Flächen. Es ist davon auszugehen, dass eine Rückgewinnung der Seitenstreifen für die Natur unter-

streicht das Kreisumweltamt in einer Stellungnahme: „Während der landwirtschaftliche Ertrag auf den schmalen Streifen als relativ gering anzusehen ist, kann der Effekt für den Arten- und Biotopschutz durch den hohen Vernetzungsgrad als hoch eingestuft werden.“

kalpolitik im Dezember dieses Jahres unterrichten. Die Bedeutung der Rückgewinnung der Seitenstreifen für die Natur unterstreicht das Kreisumweltamt in einer Stellungnahme: „Während der landwirtschaftliche Ertrag auf den schmalen Streifen als relativ gering anzusehen ist, kann der Effekt für den Arten- und Biotopschutz durch den hohen Vernetzungsgrad als hoch eingestuft werden.“

Kreis Coesfeld: 212 ha
Kreis Steinfurt: ? ha
Kreis Borken: ? ha
Kreis Warendorf: ? ha

212 ha
? ha
? ha
? ha



Bernd Brünig



Anton Holz



Hermann Grömping



Josef Schäpers

LWB, 50/74, 11.12.14

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Zusammenfassung:

1. **Kleinere Artenschutzmaßnahmen sind – kofinanziert durch das MKULNV – durchaus sinnvoll, lösen aber die zentralen Probleme der Agrarindustrie nicht.**
2. **Das Aufbauen weiterer Anlagen zur Massentierhaltung (vor allem Puten und Schweine) ist inakzeptabel.**
3. **Durch geeignete Definitionen der GFP („gute fachliche Praxis“) muss der inzwischen um 50% (BOR, ST, COE) bzw. 40% (WAF) liegende Maisanteil an der Ackerfläche stark reduziert werden.**
4. **Die weitere Vernichtung von Grünland ist definitiv zu stoppen.**
5. **Alle Münsterlandkreise sind gehalten, die illegale Ausdehnung der Äcker auf straßenbegleitende Flächen zu beenden.**
6. **Das „Greening“ muss seinen Namen verdienen.**

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Und wie?

Ziemlich vollmundig hat Umweltminister Rammel am Mittwoch (WN) und vorhin den Entwurf des neuen Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG) verteidigt.

Zwar kann er nicht die EU-Agrarpolitik ändern, wohl aber viele Weichenstellungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Dazu gibt es im LNatSchG so einige neue Ansätze – auch hinsichtlich der ökologischen Schritte (wie die Ausweisung von Windkraft-Repräsentanten in die Landschaft) – nun gespannt sein, was davon le

WN 24.2.2016 Rammel will Fakten schaffen

NRW-Minister verschärft gegen viele Widerstände das Wasser- und Naturschutzgesetz

Von Frank Polke

DÜSSELDORF/MÜNSTER. Sinkende Umfragewerte, drohender Machtverlust in Düsseldorf: Die Grünen in der NRW-Landesregierung erhöhen den Druck, um noch vor der Landtagswahl im nächsten Jahr zentrale politische Vorhaben durchzusetzen. Nach dem Jagdgesetz und dem Landesnaturschutzgesetz will NRW-Umweltminister Johannes Rammel (Grüne) jetzt die Reform des Landeswasserschutzes mit aller Macht und gegen Widerstände vor allem aus dem ländlichen Raum durchsetzen.

Konkret will Rammel

künftig Betriebsgenehmigungen für Kühlsysteme und wasserintensive Produktionsprozesse nur noch befristet erteilen. Daran entzündet sich massive Kritik der NRW-Industrie, vor allem der Chemiebranche. „Dieses Gesetz ist leider ein erneuter Beleg dafür, dass Teile der Landesregierung mit überzogenen umweltrechtlichen Vorgaben den Erhalt und die Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen gefährden“, kritisierte der Präsident der Unternehmensverbände NRW, Horst-Werner Maier-Hunke. Zudem soll die landwirtschaftliche Nutzung von

Uferlandzonen bei Seen und Flüssen stark eingeschränkt werden. Auch im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Abwasserpilzes will das grün geführte Ministerium schärfere Regelungen für das Land durchsetzen.

Bei der Reform des Landesnaturschutzgesetzes beharrt Rammel ebenfalls auf seiner harten Linie. So sollen 15 Prozent der Fläche in NRW verbindlich als Biotopverbund ausgewiesen werden. Dagegen wendet sich ein Bündnis von 17 Berufs- und Interessenverbänden, darunter unter anderem die Landwirtschaftsverbände, die Waldbauern und der

Grundbesitzerverband NRW. „Wir können die Aufregung nicht verstehen, da faktisch schon heute 15 Prozent der Fläche Biotopverbände sind“, reagiert ein Rammel-Sprecher mit Unverständnis. Das Land will den Rückgang der Artenvielfalt stoppen.

Bei vielen Betroffenen wächst jetzt die Angst, dass die Grünen bis zur Landtagswahl Fakten schaffen könnten, die die Nutzung des Eigentums vor allem im ländlichen Raum weiter erschweren. Nach Umfragen haben SPD und Grüne im Moment keine Mehrheit in Düsseldorf, rechnerisch ist eine große Koalition möglich.

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Erhalt der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft Steuerungsmöglichkeiten des Maisanbaus und der Grünlandintensivierung

Runderlass des MKULNV an die ULB vom 30.9.2014

„Die in diesem Runderlass dargelegten ordnungsrechtlichen Maßnahmen stellen allerdings nur das ‚letzte Mittel‘ der Wahl dar. Die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz muss auch weiterhin vorrangig im Sinne des bewährten Kooperationsprinzips erfolgen... Das vorrangige Ziel des Umweltministeriums ist dabei, dass die nachfolgend aufgezeigten ordnungsbehördlichen Maßnahmen **nicht** ergriffen werden müssen...

Sofern dies (guter Erhaltungszustand lokaler Populationen oder Rückgang des Maisanbaus mit erheblichen negativen Folgen usw.) nicht durch die vorgenannten Schutzmaßnahmen sichergestellt werden kann, ordnet die zuständige untere Landschaftsbehörde gegenüber den verursachenden Landwirten die erforderlichen Bewirtschaftungsvorgaben an...



Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Was machen die „Landverbände“?

1. WLV, RLV, Waldbauern, Jäger usw. haben auf Landesebene das „**Aktionsbündnis Ländlicher Raum**“ gegründet, mit dem sie seitdem gegen das LNatSchG polemisieren.
2. Die enorme Nitratbelastung des Grundwassers im Münsterland wird zwar nicht grundsätzlich bestritten, wohl aber „relativiert“ und das „Weiter so“ auf freiwilliger Basis gefordert.
3. Der Deutsche Bauernverband bekämpft verbissen jede weitere Verbesserung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen und die Landesverbände ziehen durchweg mit.

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

Experten für strengere Düngeregeln

taz, 24.2.16

LANDWIRTSCHAFT Berater der Bundesregierung kritisieren Rechentricks für Bauern

BERLIN taz | Gleich drei Beratergremien der Bundesregierung fordern "scharfere Regeln" für die umweltschädliche Überdüngung als von der Großen Koalition geplant. In einem offenen Brief kritisieren der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik und der für Düngefragen den Entwurf der neuen Düngeverordnung. Sie erlaubt Milchviehbetrieben, 15 bis 25 Prozent weniger Stickstoff und Phosphat in ihre Nährstoffbilanzen einzurechnen, als sie tatsächlich auf ihren Äckern und Wiesen ausbringen. Damit will die Regierung berücksichtigen, dass etwa bei der Ernte und Lagerung ein Teil des nährstoffhaltigen Maises oder Heus verloren geht. Ohne eine solche Vorschrift würden viele Betriebe

nachweislich mehr als die erlaubten, 60 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr in die Umwelt abgeben.

Überdüngung ist der Hauptgrund dafür, dass viele Grundwasservorkommen mit der

Bei Verstößen muss der Bauer zunächst zur Zwangsberatung

Stickstoffverbindung Nitrat belastet sind, die sich im menschlichen Körper teils in giftiges Nitrit umwandelt. 2010 lagen laut Umweltbundesamt 14 Prozent der Grundwasser-Messstellen über dem Trinkwasser-Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Zudem trägt Stickstoff

im Meer zu starkem Wachstum von Algen bei, das raubt anderen Arten den Sauerstoff zum Leben. Düngen schädigt auch das Klima, weil Lachgas frei wird – ein 300-mal aggressiveres Treibhausgas als Kohlendioxid. Dennoch bringen die Landwirte im Schnitt je Hektar und Jahr etwa 100 Kilogramm mehr Stickstoff aus, als die Pflanzen aufnehmen können.

Deshalb begrüßen die Regierungsberater, dass die geplante Verordnung künftig die Düngung mit Gärresten aus Biogasanlagen begrenzen würde. Weiterhin loben die Experten den Plan, die Zeiträume zu verlängern, in denen die Bauern nicht düngen dürfen. Anklang findet ebenso, dass die Obergrenze von 60 Kilogramm Stickstoffüberschuss anders als bisher

auch durchgesetzt werden soll. Bei Verstößen muss der Bauer zunächst zur Zwangsberatung, wenn das nicht hilft, drohen Bußgelder. Doch gerade diese Regelung würde verwässert, wenn die von der Regierung angestrebte Methode zur Berechnung der Nährstoffbilanzen angewandt würde, so die Wissenschaftler.

Die 15 bis 25 Prozent Bonus für Nährstoffverluste seien "unangemessen hoch", schreiben sie. Einer der Berater, der Kieler Agrarprofessor Friedhelm Taube, hält allenfalls 10 Prozent für akzeptabel. Außerdem kritisieren die Wissenschaftler, dass Bauern bis zu zehn Jahre Zeit haben sollen, auf emissionsarme Ausbringungstechnik umzustellen.

"Zu großzügig" sei auch die Vierstundenfrist, um Gülle ins



Zum Glück geruchlos: Bild einer Gülledüngung in Thüringen. Foto: imago

Erdfreich einzuarbeiten. Betrüge sie nur eine Stunde, würde viel weniger Ammoniak frei, das indirekt den Klimawandel fördert. Auch für Phosphat fordern die Wissenschaftler strengere Regeln.

Bundesagrarminister Christian Schmidt verteidigt den Regierungsentwurf. Die geplante Verordnung stelle einen "ange-

messenen Ausgleich zwischen Umweltinteressen einerseits sowie interessengerechten und praktikablen Lösungen für die Landwirtschaft andererseits sicher", heißt es aus dem Ministerium. "Die Änderungen dürfen die Landwirtschaft und vor allem die kleineren Betriebe nicht mit überzogenen Forderungen belasten."

JOST MAURIN

Die Ems ist der deutsche Problemfluss

Zu viel Schlick, zu wenig Sauerstoff

MZ,
24.2.
2016

LEER/BORKUM. 371 Kilometer von der Quelle bis zur Mündung – damit ist die Ems einer der längsten Flüsse, die komplett durch Deutschland strömen. Von Nordrhein-Westfalen durch Niedersachsen führt ihr Weg bis ins Wattenmeer. Zu den Besonderheiten zählt der schlechte ökologische Zustand: Die Ems gilt inzwischen als größter Problemfluss Deutschlands.

1 VERTIEFUNG: Der Fluss wird seit Jahrzehnten ausgebaggert und vertieft, begründet und befestigt. Das Ausmaß wächst mit der Größe der neuen Kreuzfahrtschiffe, die von der Meyer Werft in Papenburg über die Ems in die Nordsee überführt werden. Seit den 80er-Jahren gerät das Flusssystem zunehmend aus dem Gleichgewicht: Der Verlauf der Gezeiten ist gestört.

2 SCHLICK: Mit der Flut strömt mehr Schlick aus der Nordsee in den Fluss hinein als mit der Ebbe wieder heraus. Große Schlickmengen werden flussaufwärts gedrückt und müssen jährlich mit Millionenaufwand ausgebaggert werden. Durch die vielen Schwebstoffe ist das Wasser stellenweise extrem trüb.

3 WASSERQUALITÄT: Trotz Richtlinien und anderer Maßnahmen ist der Sauerstoffgehalt der Ems gesunken. Im Sommer könnten Fische in der Unter-Ems wegen Atemnot kaum leben, heißt es bei der Umweltschutz-WVF.

4 STICKSTOFFE: Die Ems ist Negativ-Spitzenreiter der deutschen Flüsse, in denen die Nährstoffeinträge verringert werden müssten. 48 Prozent weniger Stickstoffe sollten es an der Ems sein, 30 Prozent an der Weser und 22 Prozent an der Elbe. Das hat das Bundesumweltministerium kürzlich errechnet.

5 ÜBERDÜNGUNG: Die Folgen von Überdüngung, vor allem durch die Landwirtschaft, reichen bis in den Küstenraum. Algenarten könnten sich ausbreiten und den Lebensraum etwa der Seegraswiesen stören, so der niedersächsische Landesbetrieb NLWKN. Abgestorbene Algenbiomasse könne zu Sauerstoffmangel am Meeresboden und zu "schwarzen Flecken" im Watt führen.

6 MASTERPLAN: Der "Masterplan Ems 2050" soll Hilfe bringen. Darauf hatten sich 2014 die Naturschutzverbände WWF, BUND und Nabu, die Landräte der Kreise Emsland und Leer, die Stadt Emden, Vertreter von Land und Bund sowie die Meyer Werft geeinigt.

7 NATURSCHÜTZER: Lokale Naturschützer lehnen den Masterplan ab. Die Bürgerinitiative „Rettet die Ems“ in Leer sieht darin eher ein Beruhigungsmittel für die Öffentlichkeit. Sie fordern einen Umzug der Meyer Werft an die Küste.

Merke: Je häufiger die Medien über die zahllosen Missstände berichten, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass sich Grundlegendes ändert.

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?



Quelle: WN Heek 24.1.2015

Artenvielfalt in der Agrarlandschaft?

**Wer weiß – vielleicht ändert sich ja sogar die
EU-Agrarpolitik?**

**Oder wir bekommen TTIP & CETA, dann
können wir allerdings den Rest
weitgehend vergessen!**

